



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 21.06.2024

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 24. Juni 2024

Fokusthemen: **Ombudsstelle, Finanzen, GVZ und Sicherheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Diskussion über den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle mit der Abschreibung von zwei Postulaten und der Behandlung von zwei PI befassen. Danach stehen bis zur Mittagspause Vorstösse auf der Traktandenliste, welche die Finanzdirektion betreffen. Die Nachmittagssitzung beginnt mit dem Geschäftsbericht der GVZ und der Schlussabstimmung zu einer Änderung des Gewaltschutzgesetzes, bevor sich der Rat mit zwei Vorstössen zu Asylthemen auseinandersetzen wird. Bis zum Schluss der Sitzung wird der Rat schliesslich über die vorläufige Unterstützung von ein paar PI entscheiden.

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle soll genehmigt werden

Kaum umstritten sein wird die Genehmigung des Tätigkeitsberichts der Ombudsstelle für das Jahr 2023 ([KR-Nr. 135/2024](#)). Die vorberatende Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt einstimmig, den Bericht zu genehmigen. Dennoch dürfte die Behandlung des Geschäfts eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ratsmitglieder nehmen die Debatte erfahrungsgemäss zum Anlass, um die Arbeit des Ombudsmannes zu würdigen und sich zu verschiedenen Themen zu äussern.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Postulate zum Schreinerbildungszentrum und zur SNB sollen abgeschrieben werden

Keine langen Debatten gibt es gewöhnlich bei Abschreibungen von Postulaten. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Entsprechend rasch dürfte die von der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) einstimmig beantragte Abschreibung des dringlichen Postulats betreffend «Einmalige Unterstützung des SAZ» von EVP, Grünen, SP und AL beschlossen werden ([KR-Nr. 478/2022](#)). Mit dem Vorstoss wurde vom Regierungsrat ein Unterstützungsbeitrag von 500'000 Franken für das Schreinerbildungszentrum Zürich (SAZ) gefordert, dessen Businessplan für die anlässlich der Leistungsüberprüfung 16 (Lü16) beschlossene Verselbständigung wegen der Covid-19-Pandemie nicht mehr aufging.

Umstritten ist indes die direkte Abschreibung des Postulats von CSP-Kantonsrat Beat Bloch betreffend «Verpflichtung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu einer aktiven Klimapolitik im Sinne des Pariser Klimaabkommens» (Traktandum 5). Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 90/2020](#)). Mit dem Postulat wurde gefordert, dass der Kanton als Nationalbankaktionär auf eine Integration von Klimarisiken in das Risikomanagement und die Anlagepolitik der SNB hinwirkt. In seinem Bericht hat der Regierungsrat unter Berufung auf bundesrechtliche Bestimmungen festgestellt, dass die SNB unabhängig und nicht zur Umsetzung einer Klimapolitik verpflichtet sei. Eine Minderheit aus Grünen, SP, GLP und AL will das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abschreiben. Sie sieht den Regierungsrat aufgrund des Klimaschutzartikels der Kantonsverfassung in der Pflicht, auf die Anlagepolitik der SNB einzuwirken.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit SNB: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64

PI zu Pendlerabzug und Grundstückgewinnsteuer sollen abgelehnt werden

Umstritten waren in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zwei parlamentarische Initiativen (PI), eine von GLP-Altkantonsrat Michael Zeugin betreffend «Klimagerechter Pendlerabzug» ([KR-Nr. 186/2021](#)) und eine von SVP-Altkantonsrätin Maria Rita Marty betreffend «Änderung § 225 Abs. 3 StG – Grundstückgewinnsteuer» ([KR-Nr. 69/2021](#)). Die WAK beantragt dem Kantonsrat in beiden Fällen mit 9 zu 6 Stimmen, die PI abzulehnen.

Mit der PI Zeugin wird gefordert, den Fahrkostenabzug zu reduzieren, weil dieser einen Anreiz für lange und damit klimaschädliche Arbeitswege darstelle. In der WAK wurde beraten, ob und wie sich diese Forderung umsetzen lässt. Schliesslich lehnte die Kommissionsmehrheit alle diskutierten Varianten ab. Sie erwartet bei einer Reduktion des Pendlerabzugs Nachteile für Beschäftigte mit langen Arbeitswegen, aber keine Lenkungswirkung. Nach Meinung der Mehrheit wirkt sich günstiger Wohnraum ungleich stärker auf die Pendlerbewegungen aus. Zudem sind die geltenden Bestimmungen über den Fahrkostenabzug erst seit 2018 in Kraft und gehen auf einen Volksentscheid zurück. Eine Kommissionsminderheit aus SP, GLP und Grünen beantragt, der PI zuzustimmen und diese zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage an die WAK zurückzuweisen. Konkret liegen zwei Vorschläge zur Umsetzung vor, die sich beim Höchstbetrag für den Abzug und bei den Sonderbestimmungen für Nacht- und Schichtarbeit unterscheiden.

Mit der PI Marty wird gefordert, die Grundstückgewinnsteuer bei einer Eigentumsdauer von über 20 Jahren stärker zu ermässigen. Die WAK-Mehrheit folgt mit ihrer ablehnenden Haltung den Darlegungen des Regierungsrates. Dieser hatte seine Ablehnung unter anderem damit begründet, dass die Grundstückgewinnsteuer in der Regel nur die Gewinne der letzten 20 Jahre erfasse und er die Forderungen der PI als rechtlich fragwürdig beurteile. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit sind zudem die auf mindestens 250 Millionen Franken pro Jahr geschätzten Steuerausfälle zu hoch. Eine Kommissionsminderheit (SVP, FDP) beantragt die Zurückweisung der PI an die Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes. Sie will langjährigen Eigentümerschaften entgegenkommen und den Verkauf von Liegenschaften an jüngere Generationen attraktiver machen.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit Pendlerabzug: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Minderheit Grundstückgewinnsteuer: Patrick Walder (SVP, Dübendorf), 078 820 33 68

Motionen zu Investitionen in Dekarbonisierung und zur «warmen Progression»

Bis zur Mittagspause wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen befassen, welche die Finanzdirektion betreffen. GLP-Kantonsrat Thomas Wirth will den Regierungsrat auffordern, die Steuergesetzgebung so zu ändern, dass hier steuerpflichtigen Unternehmen einmalige Steuergutschriften auf Investitionen in Energieeffizienz und Dekarbonisierung an Standorten im Kanton gewährt werden ([KR-Nr. 365/2023](#)). FDP-Kantonsrat Mario Senn will den Regierungsrat beauftragen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher der regelmässige Ausgleich der realen Progression (die sogenannte «warme Progression») gesetzlich verankert wird ([KR-Nr. 412/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Motionen abzulehnen.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023 der GVZ sollen genehmigt werden

Kaum Meinungsverschiedenheiten dürfte es zum Auftakt der Nachmittagsitzung bei der Behandlung der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) für das Jahr 2023 geben. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, Geschäftsbericht und Jahresrechnung zu genehmigen ([5954](#)). Dennoch wird die Behandlung des Geschäfts erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Schlussabstimmung zu Bericht über Massnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Gewaltschutzgesetzes zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass der Kanton die Fälle von Stalking und häuslicher Gewalt analysiert und dazu verschiedene Daten sowohl der gefährdenden als auch der gefährdeten Person erhebt ([5899](#)). Zudem soll er, gestützt auf die erhobenen Daten, die Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Stalking evaluieren und die Ergebnisse alle drei Jahre in einem Bericht veröffentlichen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Vorstösse zu Debit-Karten für Asylsuchende und zum Schutzstatus S

Eine angeregte Debatte ist bei der Behandlung zweier Vorstösse zu erwarten, in denen es um Asylthemen geht. SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel möchte mit Unterstützung der FDP den Regierungsrat ersuchen, die Einführung eines Bezahlkartensystems als Ersatz für die aktuelle Praxis der finanziellen Unterstützung von Asylsuchenden und abgewiesenen Asylbewerbern vorzusehen ([KR-Nr. 57/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt die Motion zur Ablehnung. Christina Zurfluh Fraefel hat derweil auch eine PI mit demselben Ziel eingereicht, die voraussichtlich am Montagabend behandelt werden wird (s. weiter unten). Keinen Entscheid wird der Kantonsrat zur Interpellation von Stefan Schmid betreffend «Beim Schutzstatus S drängen sich Massnahmen auf» fällen ([KR-Nr. 99/2024](#)). Der SVP-Kantonsrat hat in Zusammenhang mit der Entwicklung des Krieges in der Ukraine verschiedene Fragen zu Anpassungen der gesetzlichen Regelungen rund um den Schutzstatus S gestellt. Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62
Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

PI zu Debit-Karten für Asylsuchende und zum Verbandsbeschwerderecht

Bis zum Sitzungsende wird der Kantonsrat schliesslich noch ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI. SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel verlangt (wie schon mit ihrer Motion, s. oben) mit Unterstützung der FDP, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerbern Geldleistungen nicht mehr bar ausbezahlt, sondern auf eine spezielle Debit-Karte, deren Nutzung eingeschränkt ist, überwiesen werden sollen ([KR-Nr. 59/2024](#)). Und FDP-Kantonsrat Stephan Weber will, unterstützt von SVP, Mitte und EVP, das Verbandsbeschwerderecht bei Schutzobjekten abschaffen, die der Erfüllung einer kantonalen oder kommunalen öffentlichen Aufgabe im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens dienen ([KR-Nr. 66/2024](#)).

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62
Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 043 268 85 87

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12